

WSI KOMMENTAR

Nr. 001 · März 2024 · Hans-Böckler-Stiftung

DEMOKRATIE IN ARBEIT

Erwerbsarbeit als demokratischer Erfahrungskontext

Bettina Kohlrausch

Wie anti-demokratische Einstellungen entstehen

Die hohe Zustimmung zur AfD wirft die Frage auf, wie und in welchen Kontexten gegen das Erstarken rechtsextremer und anti-demokratischer Einstellungen erfolgreich vorgegangen werden kann, denn inzwischen wissen wir, dass solche Positionen unter AfD-Wähler*innen weit verbreitet sind. Die AfD wird aus Überzeugung und nicht aus Versehen gewählt. Ein wichtiger Befund der Forschung der letzten Jahre am WSI zu diesem Thema ist die Erkenntnis, dass das Erstarken rechtsextremer und anti-demokratischer Einstellungen mit der Erfahrung sozialer Desintegration in Verbindung steht. Es ist für Demokratien lebensbedrohlich, wenn ein wachsender Teil der Bevölkerung die Gestaltung der Gesellschaft zwar im Rahmen demokra-

tischer Rechte mitverantwortet, sich aber eigentlich nicht als Teil dieser Gesellschaft und der grundlegenden Werte und Regeln, die sie ausmachen, fühlt. Menschen müssen sich die Demokratie und ihre Werte zu eigen machen, damit sie funktioniert.

Eine der Ursachen, warum dies ein wachsender Teil der Bevölkerung nicht mehr tut, ist die Erfahrung von Anerkennungsverlusten bzw. Anerkennungsbedrohungen (Heitmeyer 2018). Die Forschung des WSI hat gezeigt, dass sich diese Gefühle von Bedrohung und Verlust aus geringer oder fehlender materieller, sozialer und demokratischer Teilhabe speisen. Alle drei Dimensionen von gesellschaftlicher Teilhabe sind relevant und stehen mit anti-demokratischen Einstellungen und der Wahl der AfD in Zusammenhang.

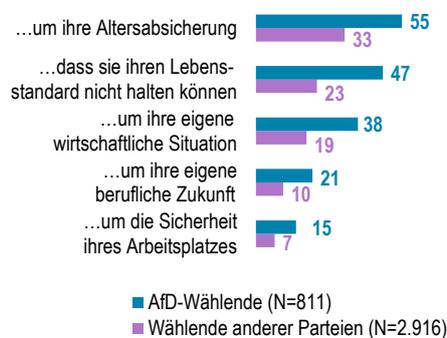
So finden sich in den unteren Einkommensgruppen besonders viele Wähler*innen der AfD (Hövermann 2023). Es ist daher besonders problematisch, dass gerade diese Einkommensgruppe im Zuge der Corona-Krise und der Teuerungen infolge des Krieges in der Ukraine überproportional belastet wurde, was zu einem massiven Anstieg finanzieller Sorgen führte. Personen mit großen wirtschaftlichen Sorgen und Belastungen, Sorgen um ihre Absicherung im Alter oder Angst davor, den aktuellen Lebensstandard nicht dauerhaft halten zu können, wählen häufiger AfD. Oft verbinden sich Bedrohungs- und Verlustgefühle dann mit migrationskritischen bis -feindlichen Stereotypen, die insbesondere AfD-Stammwähler*innen sehr oft vertreten. Der AfD gelingt es im aktuellen politischen Diskurs erfolgreich, Oben-unten-Konflikte in Innen-außen-Konflikte umzu-deuten.

Bedeutsam ist zudem das Gefühl, mit den rasenden gesellschaftlichen Veränderungen dieser Zeit nicht mithalten zu können. Diese Veränderungen bergen neben materiellen Bedrohungen auch die Gefahr des Verlustes sozialer Anerkennung. Dies geschieht zum Beispiel, wenn das Wissen und Können, das sich Menschen im Laufe ihres Lebens angeeignet haben, an Bedeutung verliert oder gar nicht mehr gefragt ist. Wer jahrelang stolz darauf war, am Diesel gebaut zu haben, und jetzt plötzlich nur noch klimafeindliche Technik von gestern produziert, der sieht eben nicht nur den Arbeitsplatz bedroht, sondern auch den eigenen Stolz – vielleicht sogar den einer ganzen Region.

Besonders problematisch ist dies, wenn Personen den Eindruck haben, nicht zu verstehen, wie und warum sich die Gesellschaft verändert, und die Auswirkungen dieser Veränderungen auf ihren

konkreten (Arbeits)Alltag nicht mitgestalten zu können. Menschen, die das Gefühl haben, dass ihnen die aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen „einfach passieren“, sie aber keinerlei Einfluss auf deren Gestaltung haben, neigen eher zu antidemokratischen Einstellungen. Dies betrifft nicht zuletzt die Folgen von Digitalisierung und sozial-ökologischem Wandel auf den konkreten Arbeitsalltag (vgl. Hövermann et al. 2021).

Abb. 1: Aktueller Anteil mit „großen Sorgen“ in dem jeweiligen Bereich, nach Wahlpräferenz
Angaben in Prozent



Quelle: Hövermann 2023

Hans Böckler
Stiftung

Der Betrieb als Aushandlungsort gesellschaftlicher Konflikte

Die multiplen Krisen dieser Zeit und die großen gesellschaftlichen Veränderungen, wie die Digitalisierung, die Dekarbonisierung und der demografische Wandel, haben zur Folge, dass sich einerseits Verteilungskonflikte zuspitzen und andererseits zentrale gesellschaftliche Fragen neu ausgehandelt werden müssen. Soziale Desintegration bzw. fehlende gesellschaftliche Teilhabe spiegelt die Erfahrung, an diesen zentralen Aushandlungsprozessen nicht beteiligt zu sein bzw. die eigenen Interessen dort nicht vertreten zu sehen.

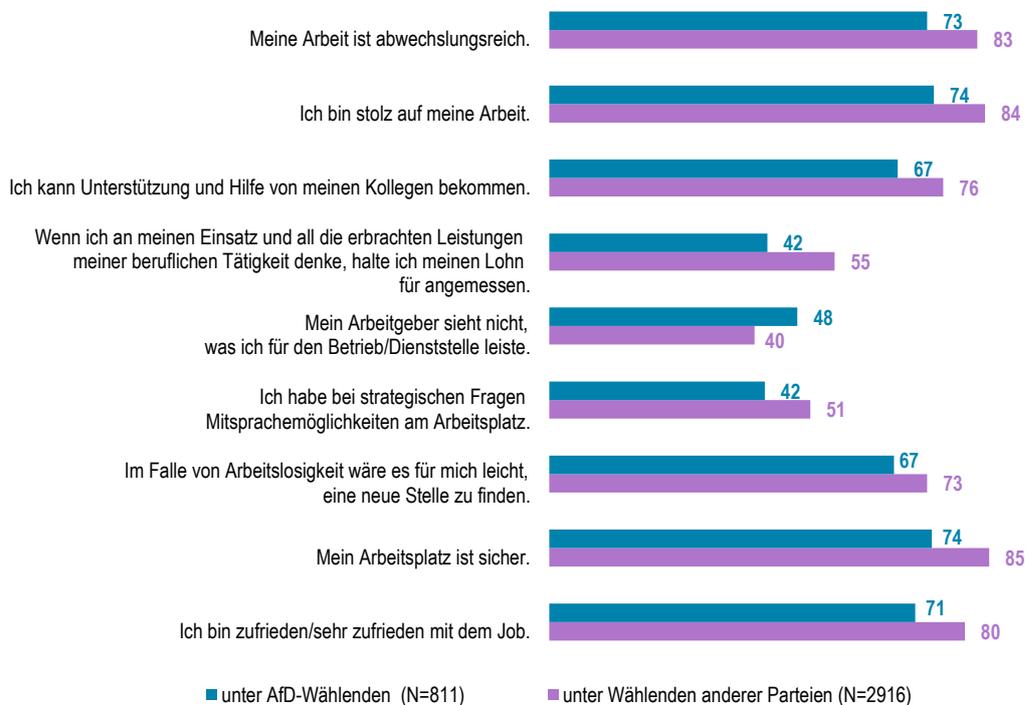
Ein zentraler Ort für die Aushandlung gesellschaftlicher Konflikte und Auseinandersetzungen um Verteilung ist nach wie vor der Betrieb. Die Tarifautonomie und das Betriebsverfassungsgesetz bestimmen ebenso wie soziale Schutzrechte für Beschäftigte den formalen Rahmen dieses Aushandlungsprozesses. Sie sorgen dafür, dass im betrieblichen Kontext trotz des genuinen Machtungleichgewichts zwischen Beschäftigten und Arbeitgeber*innen ein Interessenausgleich möglich wird. In Zeiten großer Transformationsprozesse fokussiert dieser Interessenausgleich nicht nur Fragen der Entlohnung, sondern auch ganz konkret die Gestaltung der Transformation, wenn zum Beispiel über den Einsatz digitaler Technologien am Arbeitsplatz entschieden wird. Die Forschung zeigt, dass Beschäftigte seltener zu anti-demokra-

tischen Einstellungen neigen und seltener AfD wählen, wenn dieser Interessenausgleich gelingt. Konkrete Mitsprachemöglichkeiten im Arbeitsumfeld stärken demokratische Einstellungen und verringern die Wahrscheinlichkeit, AfD zu wählen (Kiess et al. 2023, Kohlrausch 2022). So geben beispielsweise unter den Wähler*innen, die nicht der AfD, sondern anderen Parteien ihre Stimme geben, deutlich mehr Menschen an, Mitspracherecht bei strategischen Entscheidungen am Arbeitsplatz zu haben (siehe Grafik 2)

Erwerbsarbeit als Erfahrungskontext gesellschaftlicher Teilhabe

Erwerbsarbeit ist ein Kontext, in dem gesellschaftliche Teilhabe gewährt oder verwehrt wird. Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit die wesentliche

Zustimmung zu Aussagen zu Arbeitsbedingungen, nach Wahlpräferenz
Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter AfD-Wählenden geben 71 Prozent an, mit ihrer Arbeit zufrieden oder sehr zufrieden zu sein; unter Wählenden anderer Parteien sind es 80 Prozent.

Anmerkung: Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: unzufrieden mit Job***; Arbeitsplatz unsicher***; schwierig neue Stelle zu finden*; keine Mitsprachemöglichkeiten***; Arbeitgeber sieht Leistung nicht***; Lohn nicht angemessen***; keine Unterstützung Kollegium***; nicht stolz***; nicht abwechslungsreich***; * = p < .05, ** = p < .01, *** = p < .001.

Grundlage ihrer materiellen Absicherung, und zwar sowohl im Hinblick auf die Entlohnung als auch auf die soziale Absicherung im Falle von Erwerbsunfähigkeit oder im Alter. Darüber hinaus ist Erwerbsarbeit eine wichtige Ressource sozialer Anerkennung. Beide Aspekte korrelieren mit der Wahl der AfD (siehe Grafik 2). Erwerbspersonen, denen ihre Arbeit langfristig ein sicheres und ausreichendes Einkommen garantiert, wählen seltener AfD. Solidarität und Stolz auf die eigene Leistung (Produktionsstolz), aber auch die positive Wahrnehmung und Bestätigung durch Kolleg*innen und Vorgesetzte sind wesentliche Aspekte sozialer Anerkennung. Wer diese im Rahmen der eigenen Erwerbsarbeit erfährt, wählt seltener AfD (Hövermann et al. 2021, S. 5).

Demokratie in Arbeit

In der Debatte über das Erstarken antidemokratischer Einstellungen und rechtsextremer Parteien wird die Bedeutung des Betriebes und die Rolle von Erwerbsarbeit häufig vernachlässigt. Dabei sind Erwerbsarbeit und Betrieb wichtige Erfahrungsräume, in denen antidemokratische Einstellungen wachsen bzw. demokratische Einstellungen gefestigt werden können. Soziologisch gesprochen ist Erwerbsarbeit ein Ort der Vergesellschaftung von Individuen. Entscheidend dafür ist jedoch, ob Erwerbstätige Erwerbsarbeit als Ort gesellschaftlicher Teilhabe erleben. Dazu gehört neben einer ausreichenden materiellen Absicherung auch das Erleben sozialer Anerkennung und demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten.

Damit wird die Gestaltung von Erwerbsarbeit zu einer demokratischen Grundsatze Frage. Die Welt verändert sich rasant und es stellt sich drängender denn je die Frage, welche Voraussetzungen es braucht, damit Erwerbsarbeit auch unter den Bedingungen der Veränderungen, die auf uns zukommen, ein Raum gesellschaftlicher Teilhabe sein oder wieder werden kann. Hierzu gehört zunächst, die Primärverteilungsfunktion des Arbeitsmarktes zu stärken, um Beschäftigte materiell angemessen abzusichern. Die Stärkung der Tarifbindung ist dafür ein wichtiger Baustein.

Ebenso wichtig ist es, den Beschäftigten Mitsprachemöglichkeiten einzuräumen, wenn es darum geht, Transformationsprozesse im Betrieb zu gestalten. Eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung auf mehr Betriebe ist hierfür nur ein erster Schritt. Damit sich betriebliche Mitbestimmung auch in reale Teilhabemöglichkeiten von Beschäftigten übersetzt, brauchen Betriebsräte mehr Rechte, um die aktuellen Veränderungen mitgestalten zu können, zum Beispiel im Hinblick auf Digitalisierung oder Qualifizierung, die eine wichtige Voraussetzung ist, um mit den Veränderungen der Arbeitswelt mithalten zu können. Dazu braucht es eine grundlegende Reform des Betriebsverfassungsgesetzes. Der DGB hat einen Vorschlag für eine solche Reform vorgelegt. Die vorgeschlagene Neufassung sieht übrigens auch vor, Beschäftigten, eine Stunde Demokratiezeit in der Woche einzurichten. Eine funktionierende Sozialpartnerschaft ist eine wichtige Säule der Demokratie, denn im Betrieb ist Demokratie immer in Arbeit.

Literatur

Heitmeyer, W. (2018): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung 1, Berlin

Hövermann, A. (2023): Das Umfragehoch der AfD. Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 92, November 2023, Düsseldorf

Hövermann, A./Kohlrausch, B./Voss, D. (2021): Anti-demokratische Einstellungen. Der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel. Hans-Böckler-Stiftung: Forschungsförderung Policy Brief Nr. 007, September 2021, Düsseldorf

Kiess, J./Wesser-Saalfrank, A./Bose, S./Schmidt, A./Brähler, E./Decker, O. (2023): Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland. Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen. Otto-Brenner-Stiftung: OBS-Arbeitspapier 64, Dezember 2023, Frankfurt a. M.

Kohlrausch, B. (2022): Welche Rechte braucht der „arbeitende Souverän“? Ideen für eine Weiterentwicklung industrieller Staatsbürgerrechte, in: WSI-Mitteilungen 75 (4), S. 296–303, https://www.wsi.de/data/wsimit_2022_04_kohlrausch.pdf

Autorenkontakt

Kohlrausch, Bettina
bettina-kohlrausch@boeckler.de

Impressum

WSI

Wirtschafts- und Sozial-
wissenschaftliches Institut

Herausgeber:

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
Telefon +49 211 7778-582
ws-online@boeckler.de

Pressekontakt: Rainer Jung

Telefon +49 211 7778-150

Der WSI Kommentar ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über <https://www.wsi.de/de/wsi-kommentar-58317.htm>

Folgen Sie uns auf Twitter:
<http://twitter.com/WSIIstitut>
auf Facebook:

<https://www.facebook.com/wsi.nstitut>

Dieses Werk ist lizenziert unter Creative Commons Attribution 4.0 (BY).
(Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>)

